
Sozialismus und Republik, Armee und Krieg

Die politische Konzeption von Jean Jaurès

YANN CÉZARD

Das Auftauchen einer neuen reformistischen Linken in Frankreich hat das Interesse an den politischen Konzeptionen von Jean Jaurès neu entfacht...

Im Jahr 1905 schreibt Jaurès in seiner Einleitung zu einer Sammlung von Parlamentsreden (*Le Radicalisme et le socialisme en 1885*): «Ich war immer ein Republikaner, und ich war immer ein Sozialist: Die soziale Republik, die Republik der organisierten und souveränen Arbeit, war immer mein Ideal.» In einer Parlamentsrede im Jahr 1893 über den «Sozialismus und die Republik», präzisiert er diese innige Verwandtschaft: «Seid ihr nicht frappiert von der Universalität der sozialistischen Bewegung? Überall, in allen Ländern der Welt, bricht sie zur selben Stunde aus ... weil nämlich diese Bewegung aus den Tiefen der Dinge selbst entspringt; weil sie nämlich aus unzählbaren Leiden entspringt, die bis dahin nicht zu gemeinsamer Beratung gelangt sind, die aber jetzt in einer befreienden Formel das begründende Moment ihres Bundes gefunden haben. Die Wahrheit ist, dass in Frankreich selbst, in unserem republikanischen Frankreich, die sozialistische Bewegung zugleich der Republik entsprungen ist, die ihr gegründet habt, wie dem ökonomischen Regime, das sich in diesem Land seit einem halben Jahrhundert entwickelt.»

Jaurès nimmt die Idee von Marx auf, derzufolge der Sozialismus durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst vorbereitet wird; und er fügt eine wirkliche, aber doch auch problematische Kontinuität hinzu – die zwischen Republik und Sozialismus: «Ihr [die republikanische Mehrheit im Parlament] habt die Republik gemacht, und das gereicht euch zur Ehre ... aber damit habt ihr zwischen der politischen und der ökonomischen Ordnung unseres Landes einen unerträglichen Widerspruch geschaffen. Im Rahmen der politischen Ordnung ist die Nation souverän und hat alle Oligarchien der Vergangenheit entmachtet; in der ökonomischen Ordnung ist die Nation vielen solcher Oligarchien unterworfen ... Ja, durch das allgemeine Stimmrecht, durch die nationale Souveränität, die ihren endgültigen und logischen Ausdruck in der Republik findet, habt ihr aus allen Bürgern, einschließlich den Lohnabhängigen, eine Versammlung von Königen gemacht. Aus ihnen, aus ihrem souveränen Willen entspringen die Gesetze und die Regierung; sie setzen ab, sie sorgen für den Wechsel ihrer Mandatsträger, Gesetzgeber und Minister; doch zur gleichen Zeit, in der der Lohnabhängige Souverän in der politischen Ordnung ist, wird er in der ökonomischen Ordnung zu einer Art von Knechtschaft herabgewürdigt. Ja! In dem Moment, wo er Minister aus dem Amt jagen kann, wird er, ohne alle Garantien und ohne Zukunft, aus der Werkstatt gejagt.»

Jaurès schließt daraus: «Und weil der Sozialismus als einzige Kraft erscheint, die fähig ist, diesen grundlegenden Widerspruch der bestehenden Gesellschaft aufzulösen, weil der Sozialismus verkündet, dass die politische Republik in die soziale Republik münden

muss, weil er will, dass die Republik in der Werkstatt so verwirklicht wird, wie sie hier Wirklichkeit ist; weil er will, dass die Nation in der ökonomischen Ordnung souverän wird, um die Privilegien der Müßiggänger des Kapitals zu brechen, wie sie souverän ist in der politischen Ordnung, darum ist der Sozialismus das Schicksal der republikanischen Bewegung.»

Die Republik, die das Ideal der Gleichheit in sich trägt, muss sozial werden, um sich zu vollenden und das große Versprechen von 1789 zu verwirklichen. Die Wahrheit der Republik, das ist die soziale Republik. Jaurès schöpft natürlich aus der Tradition der Französischen Revolution, wie alle Rebellen seiner Zeit. Ebenso findet er in ihr das Ideal der «revolutionären Nation», des souveränen Volkes, das sich nicht gegen andere Völker, sondern gegen die Tyrannen erhebt (deren «unreines Blut» in der Marseillaise beschworen wird).

Jaurès versteht unter «Sozialismus» nicht jene sinnentleerte Travestie, wie sie derzeit die Führung der sozialliberalen Sozialistischen Partei (PS) verkörpern. Sondern den Kollektivismus, die Gesellschaft ohne Könige und ohne Bosse. «Der Kommunismus muss die sichtbare Leitidee der gesamten Bewegung sein» (*Etude socialistes*, 1902). Aber wie kann die Republik auf quasi natürliche Weise die soziale Republik zur Welt bringen? Und wie kann man behaupten, die «Nation» (einschließlich des Proletariats) sei wirklich souverän im Parlament ... und im Staat?

Kontinuität oder Bruch?

Von derselben geschichtlichen Erfahrung ausgehend, hatte Marx schon das Problem des Verhältnisses von Republik und Sozialismus aufgeworfen. In dieser idealen Form des «modernen Staates» sah er das Versprechen einer neuen Gesellschaft (die Vollendung der Gleichheit der Menschen durch ihre soziale Gleichheit), aber auch einen Widerspruch. In seiner Schrift *Zur Judenfrage* (1845) verglich er die republikanische Ideologie sogar mit der christlichen Religion, weil sie genau wie diese eine bloß phantastische Auflösung der Ungleichheiten der bürgerlichen Gesellschaft vorschläge, nicht mehr im Himmel, aber doch in einem abgetrennten Bereich, als bloße Gleichheit vor dem Gesetz. Als könne das republikanische Ideal ein neues «Opium des Volkes» werden. Und damit ist noch nichts über den Charakter des Staates ausgesagt, dabei handelt es sich um eine Republik, die sehr viel weniger universell ist – nämlich um einen Klassenstaat!

Für Marx gab es also Kontinuität und Bruch zwischen dem Ideal der Republik und der kommunistischen Verwirklichung der menschlichen Emanzipation. Die soziale Republik wird nicht nach und nach auf natürliche Weise aus der Republik als solcher entstehen, sondern auf revolutionäre Weise, durch revolutionäre Enteignung der Bourgeoisie, und, wie er es später im Licht der revolutionären Erfahrungen seiner Zeit formulierte, durch die Zerstörung des bestehenden bürgerlichen Staates.

Im Gegensatz dazu hofft Jaurès auf eine mögliche Kontinuität, ausgehend vom Herzen der republikanischen Institutionen (Staatsverwaltung, Parlament und allgemeines Wahlrecht) hin zum Sozialismus.

«Revolutionäre Evolution»?

So lautet der Titel eines Abschnitts aus den *Etudes socialistes*, worin Jaurès schreibt: «Diese großen gesellschaftlichen Veränderungen, die man Revolutionen nennt, können nicht oder können nicht mehr das Werk einer Minderheit sein. Eine revolutionäre Minderheit, wie intelligent, wie energisch sie auch sei, genügt nicht, zumindest nicht in den modernen Gesellschaften, um eine Revolution zu vollbringen. Es bedarf der Teilnahme und der Zustimmung der Mehrheit, der überwältigenden Mehrheit.»

Sicherlich. Aber was würde passieren, wenn diese Mehrheit einmal erobert ist (wenn man einräumt, dass das mittels Wahlen und ohne gewaltsame Konflikte möglich wäre)? Was würde der Staat machen? Und was soll man mit dem Staat machen? Jaurès geht auf diese Fragen nicht ein, betont lieber sein Vertrauen in die Möglichkeit einer legalen Eroberung der Macht durch das allgemeine Wahlrecht, auch durch den Fortschritt der Bildung der Proletarier, und gleichzeitig seine Solidarität mit der Arbeiterklasse, wenn sie sich dazu gedrängt sieht, sich gewaltsam zu verteidigen.

Seine politische Strategie entspricht getreulich diesen Grundsätzen. Von seiner ersten Wahl zum Abgeordneten im Jahr 1885 an bis zu seiner Ermordung im Juli 1914 wird Jaurès oft versuchen, dauerhafte Bündnisse mit den anderen Kräften des republikanischen Lagers zu schmieden, um einen Sieg der Reaktion zu verhindern (die Republik ist jung und bedroht) und neue demokratische Errungenschaften durchzusetzen, was nur im geharnischten Kampf gegen die beiden Bastionen der Reaktion geht, den Säbel und den Weihwasserwedel.

Man muss Dreyfus verteidigen, denn dieser ist als zu Unrecht Verfolgter nicht mehr Bürgerlicher oder Hauptmann, sondern die Menschheit. Gegen das Sektierertum der Guesdisten (für die es sich um einen innerbürgerlichen Konflikt handelt!) schlägt Jaurès der Arbeiterbewegung vor, sich *aller* gesellschaftlichen Probleme anzunehmen – eine normale Haltung für eine Klasse, die beansprucht, die Zukunft der Gesellschaft zu verkörpern und sie zu führen. Aber die Affäre Dreyfus war auch um ein entscheidender politischer Konflikt, eine Kraftprobe mit der Armee, die die gesamte gesellschaftliche Reaktion hinter sich scharte.

Man muss Kirche und Staat trennen und ein säkulares Schulwesen entwickeln, um den Aberglauben daran zu hindern, sich des Verstandes der Kinder zu bemächtigen. Am 3. März 1904 sagt Jaurès in einer Parlamentsrede: «Wir bekämpfen die Kirche und das Christentum, weil sie die Negation des Menschenrechts sind und den Grundsatz der Knechtung des Menschen in sich tragen.»

Doch das kritische Vertrauen von Jaurès in die republikanischen Institutionen geht eben weiter als dieses «Gemeinsam schlagen», weiter sogar als eine parlamentarische Taktik der Unterstützung von Regierungen, die von den bürgerlich-republikanischen Parteien gestellt werden. Seine zutiefst zweischneidige Haltung zum republikanischen Staat erstreckt sich auch auf dessen politisches Führungspersonal. Für Jaurès sind Clemenceau, wie zuvor schon Jules Ferry, zugleich Gegner und Partner in der «großen republikanischen Partei», wie er 1905 zum wiederholten Mal sagt. Und nicht Klassenfeinde?

Als Jaurès 1898 die Konstituierung der Regierung von Waldeck-Rousseau, dem Dreyfusianer und «Verteidiger der Republik», «begleitet», äußert er höchste Zufriedenheit

über den Eintritt (den ersten in der Geschichte) eines sozialistischen Ministers (Alexandre Millerand) in die Regierung. Darin sieht er so etwas wie die Ankündigung des unvermeidlichen Sieges des Sozialismus! Die Regierungen, an denen er beteiligt ist, werden allerdings rasch zeigen, dass sie gegenüber der Arbeiterbewegung abwechselnd die Karotte und den Prügel einsetzen, um sie besser zerschlagen zu können («die Politik von Zuckerbrot und Peitsche», wie Bismarck das nannte).

Ein Kongress der SFIO, der damaligen französischen sozialdemokratischen Partei, verabschiedet auch eine strenge Verurteilung der «kapitalistischen Kolonialpolitik». Doch das muss genauer ausgeleuchtet werden. Es handelt sich darum, die kolonialen Verbrechen zu verurteilen, die Plünderungen durch Kapitalgruppen, und die Kriegsgefahr, die von dem Wettstreit der europäischen Mächte um Kolonien ausgeht. Doch was wäre gegen eine, wenn nicht sozialistische, so doch zumindest authentisch republikanische Kolonialpolitik einzuwenden? 1905 zeigt sich Jaurès, im Gegensatz etwa zu Guesde, der den Abzug der «französischen Haudegen» fordert, weniger geneigt, die französische Präsenz in den Kolonien zu verdammen, als vielmehr eine wirklich zivilisatorische Politik zu verlangen. Wie der Humanismus von Jaurès von den kolonialen Vorurteilen seiner Zeit befleckt ist, scheint er auch an die Möglichkeit eines guten Verhaltens des französischen Staates in seinen Kolonien geglaubt zu haben, an die Möglichkeit, dass «die Republik» diesen Völkern ... zur Zivilisation verhilft!

Ist das nicht die Art von Loyalität gegenüber dem republikanischen Staat, die manchmal zur theoretischen Pirouette führt, wie bei dem berühmten Paradoxon von Jaurès in Sachen Vaterland: «Ein bisschen Internationalismus entfernt vom Vaterland; viel Internationalismus führt zu ihm zurück. Ein bisschen Patriotismus entfernt von der Internationale; viel Patriotismus führt zu ihr zurück» (aus seinem Buch *L'Armée nouvelle*)?

Patriot, aber Pazifist

Nun bereitet aber der zur Weißglut erhitzte Nationalismus den Krieg vor. Und da gibt es keine Zweideutigkeit mehr, da bleibt Jaurès unbeugsam.

In seiner Rede vom 7. März 1895 zieht er die Verbindungslinie zwischen Krieg und Kapitalismus: «Immer trägt eure gewaltsame und chaotische Gesellschaft, sogar wenn sie den Frieden will ... den Krieg in sich, wie eine schlafende Wolke das Gewitter in sich trägt. Meine Herren, es gibt nur ein Mittel, den Krieg unter den Völkern abzuschaffen, das ist den wirtschaftlichen Krieg abzuschaffen, die Unordnung der gegenwärtigen Gesellschaft ... logischerweise, zutiefst begründet, ist die Sozialistische Partei in der Welt heute die einzige Friedenspartei.»

1913 bekämpft er, zusammen mit allen anderen Mitgliedern der sozialistischen Bewegung, mit aller Kraft das Gesetz der «drei Jahre», das die Dienstpflicht in der Armee von zwei auf drei Jahre anhebt. Während er den Marsch in den Krieg und den Militarismus denunziert, macht Jaurès einen Gegenvorschlag, den er schon 1910 in seinem Buch *L'Armée nouvelle* entwickelt hat. Das ist für ihn die Gelegenheit, eine Synthese seiner republikanischen und sozialistischen Ideale zu formulieren und das Ganze mit der Idee der Nation zu verbinden!

«Für die nationale Verteidigung» (so heißt auch die Rubrik, unter der seine Zeitung

L'Humanité [Die Menschheit] seine Artikel gegen das Gesetz der drei Jahre veröffentlichte) sei das System der «bewaffneten Nation» das effizienteste, es müsse an die Stelle des hierarchischen stehenden Heeres treten, das von einer sehr reaktionären und sehr aristokratischen Offizierskaste geführt wird; eine Bürgerarmee aus Milizen sei, nach dem Schweizer Modell, jederzeit bereit, für reine Verteidigungsaufgaben mobilisiert zu werden. Darum muss die Kriegsdienstpflicht abgeschafft werden, die die Jugend der Tyrannei der Offiziere ausliefert, zugunsten des normalen Lebens als Bürger in Waffen. Jaurès bezieht sich auch auf die «levée en masse», die Generalmobilmachung des Jahres II der Französischen Revolution, sowie auf die «Nationalgarde» des 19. Jahrhunderts, aber immer mit dem Zusatz der völligen Demokratisierung. Seine Bürgerarmee, seine egalitäre Armee der «ganzen Nation» soll der Schmelztiegel der sozialistischen Zukunft Frankreichs werden und die Armee als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klassen ersetzen.

Als Reformist Erbe einer Revolution

Als Erbe der revolutionären Tradition von 1789 und 1793, die in den großen Episoden von 1830, 1848, 1871 immer wieder belebt wurde, und zugleich Vertreter des sozialistischen Ideals einer klassenlosen Gesellschaft denkt Jaurès, dass das Proletariat um eine Revolution herumkommen kann, er glaubt an die Möglichkeit, den republikanischen Staat durch Gesetze und die Nutzung des Wahlrechts endgültig zu demokratisieren. Bedingung dafür sei nur, den gesellschaftlichen Zugriff der Kirche und der Armee zu brechen.

Unglücklicherweise, und das ist das Mindeste, was man sagen kann, hat der Staat im 20. Jahrhundert, auch in seiner «republikanischen» Form, sehr viel eher eine gewaltige Entschlossenheit gezeigt, notfalls die Völker und die Werktätigen niederzuschlagen, als die zahme Bereitschaft, sich zivilisieren zu lassen.

Doch Jaurès – sein Hass auf den Krieg und auf den Militarismus bezeugt es – hat seinen relativen Optimismus in seiner Einstellung zum Staat niemals zur Konsequenz einer Kapitulation vor dem Staat getrieben. Auf diesem Weg ist er den meisten sozialdemokratischen Führungen von 1914 nicht gefolgt. Denn in dieser Zeit gab es auch in der SFIO, wie in der deutschen Sozialdemokratie, einen regelrechten «Sozialismus» des Verrats!

In Deutschland (und das gab es auch in Frankreich) nannte man das auch schon vor 1914 «Sozialimperialismus»: Hatten Marx und Engels nicht im «Kommunistischen Manifest» gesagt, dass «die Proletarier kein Vaterland» haben? Eben, also ... muss man ihnen endlich eins geben! Anders gesagt: den Staat davon überzeugen, der organisierten Arbeiterbewegung ihren Platz einzuräumen. Am Krieg teilnehmen, eine Heilige Allianz dafür eingehen, das würde erlauben, später die Früchte davon einzubringen! «Sie werden dann wohl gezwungen sein», die Proletarier als integralen Bestandteil der Nation anzuerkennen, und ihre Organisationen, die ihre Loyalität so klar bewiesen haben, als integralen Bestandteil des Nationalstaats...

Man weiß heute, welche «große» Zukunft diesem nationalen Staatssozialismus beschieden war (allerdings erst nach 1945). Dieser ist es im Grunde, von dem die heutige Regierungslinke, die sich ebenfalls mit ihrer jeweiligen Nation identifiziert, einen großen Teil ihres ideologischen Gepäcks übernommen hat.

Und nicht vom «Evolutionär» Jaurès, der am 31. Juli 1914 ermordet wurde, «weil er sein Land verraten hat», wie sein Mörder sagte, der Nationalist Raoul Villain. Mit anderen Worten: weil er bis zum Ende gegen die Barbarei gekämpft hat.

Aus dem Französischen übersetzt von Manuel Kellner. Quelle: <http://jeunes.npa2009.org/spip.php?article1338>.

ANZEIGE

Paul B. Kleiser (Hrsg.)

Griechenland im Würgegriff

Ein Land der EU-Peripherie wird zugerichtet



Krise und Austerität, Verelendung, Gegenwehr und Selbstorganisation. Mit Beiträgen von Georgia Bekridaki, Paul B. Kleiser, Martin Klingner und Jan Krüger, Paul Michel, Panos Petrou, Dimitris Psarras, Nadja Rakowitz, Karl Heinz Roth, Christos Sideris und Charles-André Udry.

2. aktualis. Auflage, 199 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-139-6

Neuer ISP Verlag GmbH

Belfortstr. 7, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721/3 11 83, Mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de